

» Presseinformation 8/2023

06.07.2023

Seite 1 von 2

IDW Positionspapier Trendwatch: Generationengerechtigkeit durch Nachhaltigkeit, Modernisierung und tragfähige Staatsfinanzen

Generationengerechtigkeit sollte im Einklang mit Nachhaltigkeit, Modernisierung und tragfähigen Staatsfinanzen stehen. Seit einigen Jahren wachsen die Staatsschulden, und langfristige, nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur sowie in die Bildung unterbleiben mehr und mehr. Diese Entwicklung betrachtet die jüngere Generation mit Sorge und richtet einen Appell an Politik und Gesellschaft.

Düsseldorf, 6. Juli 2023 – Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) stellt – anlässlich der Vorstellung des Bundeshaushalts 2024 im Bundeskabinett – sein neues IDW Trendwatch Positionspapier „Generationengerechtigkeit durch Nachhaltigkeit, Modernisierung und tragfähige Staatsfinanzen“ vor. Das Positionspapier wurde vom Ausschuss Trendwatch und hier von den eingebundenen Vertretern des Jung-WP Forums erarbeitet. Das Jung-WP Forum ist ein Zusammenschluss von jungen Berufsangehörigen, die in den vergangenen fünf Jahren zum Wirtschaftsprüfer bestellt worden sind oder deren Bestellung in Kürze bevorsteht. Das Papier ist durch den Blickwinkel der jungen Generation geprägt.

Nachhaltigkeit, Modernisierung und tragfähige Staatsfinanzen dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden. Sie müssen sich stattdessen sinnvoll ergänzen und im Gleichgewicht stehen. Gleichzeitig sollten langfristige Ziele vermehrt in den Fokus der Politik rücken. Die Aufgabe des Staates ist es, generationengerecht zu handeln und eine Modernisierung voranzutreiben, auch wenn dies zu höheren Staatsausgaben führt. Insbesondere Nachhaltigkeit darf dabei nicht in den Hintergrund geraten, denn gerade das nachhaltige Wirtschaften mit Ressourcen ist für die Zukunft Deutschlands essenziell. Die junge Generation schlägt vor:

- 1) **Nachhaltige Rentenpolitik.** Hervorgehoben wurden folgende Punkte: Eine Reform des deutschen Rentensystems muss im Sinne der Generationengerechtigkeit unbedingt zeitnah angegangen werden. Diese Reform darf nicht zulasten der jungen Generation an der Finanzierungsfrage scheitern.
- 2) **Sicherstellung nachhaltiger und transparenter Staatsfinanzen.** Ausgaben in Sondervermögen auszulagern sollte kein probates Mittel sein, um den wahren Stand der Staatsverschuldung nicht deutlich darzustellen. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 ist ein erster Schritt zurück zur haushälterischen Normalität. Er zeigt aber auch, welche Risiken vor uns liegen. Die Belastung durch Zinszahlungen wird vermutlich

» Presseinformation 8/2023

06.07.2023

Seite 2 von 2

über die kommenden Jahre weiter zunehmen. Nachvollziehbare Staatsfinanzen würde man kaum anders als durch eine konsequente Einführung der Doppik erreichen. „Die Einführung der Doppik als Rechenschaftsinstrument des Bundes als modernes, konsistentes und konzeptionell in sich geschlossenes Rechnungslegungssystem ist längst überfällig, das ist auch in den meisten EU-Mitgliedstaaten bereits angekommen“, stellt IDW Vorstandssprecher Klaus-Peter Naumann fest.

- 3) **Modernisierung von öffentlichen Einrichtungen und Ausbau der Infrastrukturen.** Schulen, Universitäten und ggf. weitere öffentliche Gebäude brauchen dringend eine bessere Ausstattung in baulicher Hinsicht und auch bei der Digitalisierung (z.B. öffentliches WLAN, Glasfaser usw.). Der Breitbandausbau in allen Regionen, von der Zugspitze bis zur dänischen Grenze, ist beispielsweise unerlässlich.
- 4) **Deutschland als Einwanderungsland für High Potentials.** Zu einem modernen Staat mitten in Europa gehört eine adäquate Einwanderungspolitik. Deutschland befindet sich in einem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe und misst sich mit anderen Ländern. Ein moderner und attraktiver Staat ist ein wichtiger Baustein, um High Potentials anzuwerben.
- 5) **Langfristige Politik.** Viele politische Entscheidungen der letzten Jahre waren auf die ältere Generation ausgerichtet und hatten in ihrem Nutzen einen kurzfristigen Zeithorizont, während unbequeme Themen wie die Reformierung der Rente auf die lange Bank geschoben wurden. Entscheidungen zur Klimapolitik wurden bisher nicht mit genug Nachdruck und Blick in die weitere Zukunft verfolgt.

Das IDW Positionspapier Trendwatch finden Sie unter folgendem Link auf der Website:

www.idw.de/medien/idw-positionspapiere

» Kontakt:

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW)

Director Communications: Holger Externbrink

Tersteegenstraße 14 | 40474 Düsseldorf | Tel.: 0211/4561-427 | Fax: 0211/4561-88427 |

E-Mail: holger.externbrink@idw.de | [Presseinformationen \(idw.de\)](http://www.idw.de) | Twitter: @IDW_DE

Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), gegründet 1932, repräsentiert rd. 13.000 Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, damit etwa 80% aller deutschen Wirtschaftsprüfer. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Das IDW wahrt die Interessen seiner Mitglieder, unterstützt deren Berufsausübung durch fachlichen Rat und berufsständische Standards, fördert die Aus- und Fortbildung der Wirtschaftsprüfer und ihres beruflichen Nachwuchses und leistet umfassenden Mitgliederservice. Themen der Rechnungslegung und Prüfung, des Steuer- und Berufsrechts sowie der betriebswirtschaftlichen Beratung sind Gegenstand der Tätigkeit des IDW. www.idw.de